

Joachim Schramm

Pazifistische Außenpolitik

Eine Diskussionsanregung

Unter dem Titel »Pazifistische Politik heute« legt der nordrhein-westfälische Landesverband der DFG-VK zu dieser Tagung eine Broschüre vor, die Vorschläge für eine deutsche und europäische Außenpolitik formuliert, die ohne das Machtmittel der militärischen Gewalt auskommt. Die Broschüre gliedert sich in drei Hauptbereiche:

Wir verweisen zunächst auf internationale Einrichtungen, auf Instrumentarien und Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung, mit denen der Anspruch einer zivilen Politik schon heute einlösbar wäre. Sie umfassen staatliche Einrichtungen wie UNO oder OSZE, Instrumente wie Vermittlung, Mediation aber auch Embargo und nichtstaatliche Initiativen wie die Peace Brigades International oder das Nonviolent Peace Corps.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit solcher Wege einer zivilen Außenpolitik werden im zweiten Bereich hergeleitet aus unseren pazifistischen Grundsätzen und im dritten Bereich aus einer Analyse der aktuellen politischen Situation.

In der Beschreibung von Institutionen und Instrumentarien einer zivilen Politik treffen wir uns in vielen Punkten mit dem Aktionsplan der alten Bundesregierung. Doch im Gegensatz zum Aktionsplan und zur gesamten Außenpolitik der Regierung, die ohne militärische Gewalt meint nicht auskommen zu können, lehnen wir sie als Pazifisten energisch ab. Neben der Frage, wie ernst es der Regierung mit der Umsetzung ihres eigenen Planes war, wenn man auf die unzureichende finanzielle Ausstattung der zivilen Aktionsfelder und die gleichzeitige milliardenschwere Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee schaut, sehen wir in der Vermischung von zivilen und militärischen Ansätzen den fundamentalen Kritikpunkt.

Vor dem Hintergrund der atomaren Hochrüstung und der Friedensbewegung der 80er Jahre hat die Ablehnung kriegerischer Gewalt in der Bevölkerung unseres Landes einen breiten Rückhalt erlangt. Ohne diese Haltung und die damit einhergehende Debatte in den Parteien wäre der Aktionsplan »Zivile Krisenprävention«, aber auch die schon früher ansetzende Entwicklung eines Zivilen Friedensdienstes nicht denkbar. Doch während die Politik hier die Antikriegshaltung aufgegriffen hat, wird ab Mitte der 90er Jahre der Pazifismus als konsequente Ablehnung des Krieges auf breiter Front bekämpft. Von Dogmatismus ist die Rede, von Verantwortungslosigkeit, und der damalige Staatssekretär im Außenministerium Ludger

Volmer empfiehlt 2002 den Pazifisten, doch den Krieg als ultima ratio anzuerkennen.

Diese Versuche, den Pazifismus zu diskreditieren, halten bis heute an. Doch inzwischen scheint die Entwicklung in den Krisenregionen der Welt uns Pazifisten Recht zu geben. Kriegerische Gewalt löst keine Konflikte, mit Gewalt lässt sich keine friedliche Ordnung aufbauen.

»Die pazifistische Haltung hat ihre Tradition in zwei unterschiedlichen Anschauungen. Da ist zum einen die Ablehnung des Krieges als schreckliches, zerstörerisches und letztlich unvernünftiges Mittel zur Durchsetzung von Politik. Die andere Grundlage pazifistischen Handelns ist die Anerkennung des Lebens als höchstes Gut.« So wird in unserer aktuellen Broschüre die Basis pazifistischer Politik beschrieben. Daraus ergibt sich, dass das Ziel der Verhinderung von Krieg und die Schaffung und Sicherung von Frieden im pazifistischen Sinne nur ohne – zumindest tötende und verletzende – Gewalt verfolgt werden kann.

Diese Haltung basiert beim einzelnen Menschen i.d.R. auf einer entsprechenden ethisch-moralischen Grundhaltung. Indem diese Grundhaltung von einer Vielzahl von Menschen geteilt wird, bekommt sie eine gesellschaftspolitische Bedeutung und Wirksamkeit. So sind wesentliche pazifistische Eckpunkte vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Menschen mit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs in die Charta der VN eingeflossen und Völkerrecht geworden. Dazu zählt das zwischenstaatliche Gewaltverbot zum einen und die Anerkennung des Rechts auf Leben für jeden einzelnen Menschen zum anderen. So ist es also nicht allein der Wunsch vieler pazifistisch eingestellter Menschen, sondern die Aussage des Völkerrechts, die die Zivilisierung der Außenpolitik fordert.

■ Es gibt keine vernünftigen Kriegsgründe

Und wem weder die ethisch-moralischen noch die völkerrechtliche Begründung zur Ablehnung kriegerischer Gewalt ausreicht, für den fügen wir gerne noch einige Vernunftgründe hinzu. Auch wenn die Kriege der letzten Jahrzehnte das katastrophale Ausmaß des Zweiten Weltkriegs nicht erreicht haben, ist die Bilanz auch so erschreckend genug. Zu 90 Prozent sind die Opfer moderner Kriege Zivilisten, also genau die Menschen die vorgeblich geschützt, gerettet oder befreit werden sollen. Das Versprechen der präzisen, Opfer einschränkenden chirurgischen Militärschläge war

nicht erfüllbar. Wir haben es zuletzt im Irak erlebt.

Die wirtschaftlichen Wiederaufbaukosten von im Krieg zerstörten Ländern sind immens: nur mit kräftiger EU-Hilfe konnte z.B. in diesen Tagen, sechs Jahre nach dem Krieg in Jugoslawien, die Donaubrücke bei Novi Sad wieder aufgebaut werden. Die Kosten des Wiederaufbaus des Irak werden auf bis zu 200 Milliarden Euro geschätzt. Und auch die Belastungen der kriegführenden Länder sind enorm. Selbst für die Supermacht USA ist ein Militärhaushalt von jährlich 400 Milliarden US-Dollar so belastend, dass bei der Hilfe oder gar der Vorsorge von Naturkatastrophen wie jetzt in Louisiana die Mittel fehlen. Der Irak-Krieg kostet aktuell die USA mit 5,6 Milliarden US-Dollar monatlich mehr als der Vietnamkrieg. Auch die Bundesrepublik meint trotz dringender Probleme im Sozial- und Gesundheitswesen, sich einen Militärhaushalt von 24 Milliarden Euro leisten zu können, der drittgrößte in der EU.

Ethische, völkerrechtliche und Kostengründe sprechen also gegen eine militarisierte Außenpolitik, gegen das Führen von Kriegen.

Doch auch in Europa, in Deutschland ist zumindest bei den politischen Eliten die Bereitschaft zur Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten fünfzehn Jahren wieder gewachsen. In der Begründung für diese Entwicklung spielen neben der mehr und mehr alles überdeckenden Terrorabwehr nach wie vor die humanitären Ziele, die Wahrung der Menschenrechte und die Schaffung von demokratischen Verhältnissen die wesentliche Rolle. Sie sind auch die zentralen Argumente, wenn es um die Vermischung von zivilen und militärischen Vorgehensweisen geht.

Diese Argumente halten wir für nicht stichhaltig. Auch humanitäre Zielsetzungen können nicht die Anwendung von militärischer Gewalt rechtfertigen. Militärische Gewalt ist ein grobschlächtiges, unscharfes Instrument. Sie unterscheidet i.d.R. nicht zwischen – im moralischen Sinne – Schuldigen und Unschuldigen. Damit nimmt der Befürworter militärischer Gewalt billigend in Kauf, dass zur angestrebten Rettung von durch Völkermord und Menschenrechtsverletzung bedrohte Menschen andere sterben, die ebenso an der Situation unschuldig sind. Dies ist moralisch nicht zu rechtfertigen. Hinzu kommt, dass die Anwendung von militärischer Gewalt häufig die Eskalation von Gegengewalt zur Folge hat, in deren Zuge die angestrebte Rettung der Opfer in das Gegenteil umschlägt.

Ein uns allen gegenwärtiges Beispiel für diese schlimmen Folgen einer vorgeblich humanitären Intervention ist der Kosovo-Konflikt mit der massiven Bombardierung Restjugoslawiens auch durch die deutsche Luftwaffe 1999. Wenn wir einmal die Argumentation außer Acht lassen, dass dieser Krieg gar nichts mit den Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zu tun hatte, sondern aus wirt-

schaftlich-strategischen Gründen von der NATO geführt wurde, bleibt die Frage nach der Erreichung der propagierten humanitären Ziele und der Verhältnismäßigkeit der dazu beschrittenen Wege.

Auch wenn es von Vertretern der alten Regierungsparteien immer noch bestritten wird, ist inzwischen klar, dass die humanitäre Katastrophe mit Flüchtlingsströmen und Toten und misshandelten Menschen erst in vollem Ausmaß einsetzte, nachdem die NATO ihre Angriffe begonnen hatte. Der Friedensforscher Dieter Lutz veröffentlichte zwei Jahre nach dem Krieg eine Lageanalyse des Auswärtigen Amtes aus der Zeit wenige Tage vor dem NATO-Angriff. Darin wurde festgestellt, dass serbische Armee und albanische UCK beiderseits den geschlossenen Waffenstillstand brachen, die jugoslawische Armee jedoch nicht willkürlich Albaner vertrieb oder Völkermord beging. Vielmehr sei Ziel der Aktionen die Bekämpfung der UCK gewesen, die Zivilbevölkerung wurde vor entsprechenden Aktionen gewarnt, verließ kurzfristig ihre Dörfer, um anschließend wieder zurückzukehren. Zu gleichen Aussagen kommt ein 2000 veröffentlichter Generalbericht der Parlamentarier-Versammlung der NATO.

Nehmen wir einmal an, Regierung und Parlament unseres Landes konnten diese Erkenntnisse vor dem Hintergrund der damaligen emotional aufgeheizten Debatte nicht im erforderlichen Maß zur Kenntnis nehmen – dann bleibt trotzdem Fakt, dass auf Grund einer falschen Lageanalyse bzw. unzureichendem Kenntnisstand ein Krieg begonnen wurde, dem in erster Linie Zivilisten in Rest-Jugoslawien zum Opfer fielen.

Hinzu kam die falsche Einschätzung der NATO, durch Luftangriffe die jugoslawische Führung kurzfristig von Übergriffen auf die albanische Bevölkerung abhalten zu können. Ganz im Gegenteil kam es jedoch zu Übergriffen und Vertreibungen der nun für die NATO-Angriffe verantwortlich gemachten Albaner. Nach dem Waffenstillstand kam es zu neuen Vertreibungen, nun durch die Albaner. Der Kosovo-Konflikt zeigt also deutlich, dass auch humanitäre Notlagen keinen Krieg rechtfertigen. Zum einen ist eine Fehleinschätzung – oder bewusste Manipulation – nicht ausgeschlossen, die dann unschuldige Menschenleben im angegriffenen Land zu Folge hat. Zum anderen gibt es keine Erfolgsgarantie, die – zum Preis dieser unschuldigen Opfer – den Schutz oder die Rettung derer sicherstellt, für die diese Militäraktion gestartet wurde.

■ Manipulative Fragestellungen

Pazifisten werden immer wieder vor die Frage gestellt, ob sie denn einem Völkermord tatenlos zusehen wollen. Diese Frage ist genauso manipulativ wie ähnliche Fragen aus den früheren Prüfungsver-

handlungen für Kriegsdienstverweigerer. Sie suggeriert, dass militärisches Eingreifen lediglich die Täter – also die Schuldigen – trifft und außerdem den effektiven Schutz der Opfer bewirkt. Beides trifft nicht zu, wie das Beispiel Kosovo zeigt. Also muss die Frage vielmehr lauten, wie durch frühzeitige Analyse und rechtzeitige zivile Präventionsmaßnahmen solche humanitären Katastrophen zu verhindern sind.

Für einen weiteren Bereich wird auch gerade in Deutschland die Notwendigkeit militärischer Gewalt behauptet. Hierbei handelt es sich um die Nachsorge von gewaltsamen Konflikten, in denen inzwischen der zivilen Konfliktbearbeitung eine größere Rolle auch von Regierungsseite zugeschrieben wird. Doch sei diese zivile Arbeit nur im Schutz militärischer Einheiten leistbar, so die Behauptung.

Auch dieses Argument weisen wir zurück. Der Erfolg ziviler Konfliktbearbeitung beruht wesentlich auf einer neutralen Position, einem Vertrauensverhältnis zu den verschiedenen vormaligen Konfliktparteien. Militärische Verbände, womöglich sogar verbunden oder identisch mit den vorherigen Interventionstruppen, werden von den Konfliktparteien als parteiisch wahrgenommen. Diese Parteilichkeit überträgt sich auf die zivilen Organisationen, die so ihre ausgleichende Rolle gar nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen können.

Hier ist der Afghanistan-Konflikt das Beispiel, das diesen Zusammenhang illustriert. Auch hier soll zunächst ausgeklammert werden, wie gerechtfertigt und humanitär ein Krieg gegen ein ganzes Land war, dessen Regierung Terroristen Hilfe gewährte. Doch das militärische Vorgehen der USA, das auch auf die Unterstützung von so genannten warlords in Afghanistan selbst setzte, hat zur Verfestigung von militaristischen Strukturen beigetragen, einer zivilen Zukunft mittelfristig unüberwindbare Hürden in den Weg gestellt. Während die USA inzwischen in erster Linie die militärische Zerschlagung der Rest-Taliban anstreben, ist es zumindest das festgeschriebene Ziel des UNO-Mandats, die Zivilgesellschaft zu stärken und notwendige Hilfe zum Wiederaufbau des Landes zu leisten. Doch ist von der einfachen afghanischen Bevölkerung wirklich zu verlangen, dass sie unterscheidet zwischen amerikanischem Militär, das immer wieder auch zivile Einrichtungen zusammenschießt und Zivilisten tötet, sowie den ISAF-Truppen, deren Ziel die Aufrechterhaltung einer gewissen Sicherheit im Land sein soll? Auch die Bundeswehr beteiligt sich an diesem Doppelspiel, indem sie zum einen das größte ISAF-Kontingent stellt und zum anderen mit ihren KSK-Einheiten die Amerikaner bei der Terroristenhatz unterstützt.

So kommen diverse Hilfsorganisationen zu dem Ergebnis, dass die Militärpräsenz nicht zu ihrer Sicherheit beiträgt, sondern ihren Einsatz diskreditiert. Sie verweisen auf den prinzipiellen Unter-

schied zwischen ihren Zielen und denen des Militärs: »Unserer Überzeugung nach sind Streitkräfte und NRO [*Nicht-Regierungs-Organisation*] von unterschiedlichen Zielen, Interessen und Vorgehensweisen geleitet. (...) Die NRO befürchten eine Überschätzung militärischer Einsätze als Mittel der Konfliktaustragung. (...) Dabei möchten wir auf die Gefahr hinweisen, dass eine verstärkte Aufwendung von Mitteln für kurzfristige militärische Interventionen zu Lasten der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit geht. (...) Bei den NRO überwiegt auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen (Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan) die Skepsis bezüglich der Wirksamkeit von zivil-militärischen Unterstützungsmaßnahmen von Streitkräften« (aus VENRO-Stellungnahme zum Aktionsplan der Bundesregierung).

Von Militärs geschützt und mit Geld und moderner Ausrüstung ausgestattet hat sich ein abgeschotet System von Hilfsorganisationen eingerichtet, das sicherlich der afghanischen Bevölkerung Hilfe zukommen lässt, jedoch kaum dazu beiträgt, dass sich eine eigene, tragfähige Zivilgesellschaft im Land bildet. Trotz der Wahlen, die in den letzten Monaten unter fragwürdigen Umständen stattgefunden haben, orientieren sich die Menschen im Lande vorrangig an Traditionen und Stammeszugehörigkeiten und nicht an demokratischen Regeln und Institutionen. Inzwischen nehmen Gewaltakte wieder zu, die ISAF-Truppen werden aufgestockt.

Das parallele Vorgehen von Militär und ziviler Hilfe ist gescheitert. Experten sprechen inzwischen von der Notwendigkeit von 10 bis 20 Jahren ausländischer Präsenz. Dass bis dann beim bisherigen Kurs eine tragfähige Ordnung in Afghanistan entsteht, ist zu bezweifeln.

Zivile Konfliktbearbeitung bedarf nicht des Schutzes militärischer Gewalt. Militär kann das zur zivilen Arbeit notwendige Vertrauen aller Konfliktparteien nicht erzwingen und daher auch kein ergänzender Partner der Zivilen Konfliktbearbeitung sein. Zielsetzung einer erfolgreichen Nachsorge muss die rasche Demilitarisierung sein, also die Demoblisierung der Einheiten der Konfliktparteien. Schutz der Hilfsorganisationen erfolgt durch das aufgebaute Vertrauensverhältnis bzw. gegenüber kriminellen Aktivitäten durch aufzubauende Polizeieinheiten. Die Vermischung von kriegerischem Militär und ziviler Polizei ist ebenfalls zu vermeiden.

Im Gegensatz zum Bild einer imperial handelnden USA steht die EU in vielen Teilen der Welt noch immer für eine andere, eine kooperativere, zivile Politik. Doch in den letzten Jahren versucht die EU, sich auf militärischem und politisch-strategischem Gebiet zu einem Konkurrenten der USA aufzubauen. Interventionsstreitkräfte, waffentechnische Projekte zur Ausrüstung dieser Einheiten sowie die aktuelle EU-Sicherheitsstrategie stehen für diese

Entwicklung. Sie überlagern Ansätze ziviler Außenpolitik wie sie z.B. im europäischen Conflict Preventing Network enthalten sind. Auch der Aktionsplan »Zivile Konfliktprävention« der alten Bundesregierung leidet unter der Gesamtaußenpolitik der Bundesrepublik, die eine der zivilen Zielsetzung des Aktionsplans entgegenstehenden militärischen Ausrichtung hat.

Daher bleibt es Aufgabe der Friedensbewegung und der Friedensforschung, aber auch von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, immer wieder auf die alternativen Möglichkeiten und

Chancen einer zivilen Außenpolitik hinzuweisen und für deren Stärkung zu streiten. Unsere Broschüre »Pazifistische Außenpolitik« soll dazu ein Beitrag sein.

Joachim Schramm ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen und Mitverfasser der Broschüre »Pazifistische Außenpolitik heute«. Der Beitrag wurde als Referat bei der Tagung »Zivile Außenpolitik gestern und heute« des Bildungswerkes der DFG-VK Nordrhein-Westfalen am 16. Oktober 2005 in Dortmund gehalten. 

Helmut Brinkmann-Kliesch

Wo bleibt der Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999?

Kritische Anmerkungen zu Wolfram Wette: Vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft, Forum Pazifismus 07 – III/2005

Wolfram Wette stellt die Entwicklung der Einstellungen von Politik und Gesellschaft zum Militär und zu militärischen Aktivitäten Deutschlands im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert dar. Er kommt zu dem Schluss, dass es, auch mit Hilfe des organisierten Pazifismus und der Friedensbewegungen, durch das »gesamtgesellschaftliche Lernen aus den Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts« zu einer »demonstrativen Friedfertigkeit der Deutschen« gekommen sei. Wäre dieser Aufsatz 1990 erschienen, würde ich seine Beschreibung grundsätzlich hinsichtlich der Entwicklungsrichtung teilen. Ende 2005 kann ich seine generelle Schlussfolgerung und einzelne Argumente des Beitrags jedoch nicht unhinterfragt lassen.

Wette schreibt, dass die Friedenshistoriker mit ihrer kritischen Beleuchtung des Militarismus auch kaum eine Unterstützung bei den Sozialwissenschaften fanden; deren dominante Richtung interessierten sich nur für die »Schokoladenseite der Geschichte und hielten Distanz zu den Themen Militär, Gewalt und Krieg. In einer Fußnote erwähnt er noch Norbert Elias als rühmliche Ausnahme unter den SozialwissenschaftlerInnen. Gerade die Sozialwissenschaften haben jedoch in Form der Kritischen Theorie (Adorno/Horkheimer/Marcuse und andere) zuerst auf die »Dialektik der Aufklärung« mit ihrem enormen Potenzial an Destruktivität hingewiesen. Wette lässt die Kritik der instrumentellen Vernunft durch die Kritische Theorie völlig unerwähnt.

Wette konstatiert bei den deutschen Außenpolitikern seit den 50-er Jahren »eine wachsende Bereitschaft zum Denken in internationalen Zusammenhängen der Friedenssicherung«. Ja, die Entwicklung im Nachkriegswestdeutschland war sicherlich eine der außenpolitischen Vorsicht, Westorientierung und des Tabus von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Diese Vorsicht galt jedoch nur bis zum Ende der Nachkriegszeit, d.h. bis zum Fall der Mauer. Seitdem entwickeln sich Verfassungstext

und Verfassungswirklichkeit zunehmend auseinander. Seitdem wurde auch zunächst wieder offener über die Durchsetzung deutscher Interessen in der Welt diskutiert, um sie dann zu praktizieren.

Der zweite Golf-Krieg gegen den Irak 1991 – geführt von einer Koalition unter US-amerikanischer Führung – rief in der deutschen Öffentlichkeit heftige Reaktionen der Ablehnung hervor. Typisch war die Parteinahme großer Teile der Bevölkerung nicht gegen eine der beiden kriegführenden Lager, sondern gegen den Krieg selbst. Jetzt wurde eine Protestkultur des Friedens erkennbar. Ähnliche Massenproteste wiederholten sich bei dem Angriffskrieg der USA und einiger Verbündeter gegen den Irak im Jahre 2003. Nunmehr befand sich eine Bevölkerungsmehrheit von mehr als 80 Prozent mit der gegen den Krieg und für eine friedliche Konfliktlösung eintretenden Bundesregierung. Diese demonstrative Friedfertigkeit der Deutschen ist als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Lernens aus den Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu begreifen.

Diese Auflistung von Wette ist ungekürzt – und irritiert am meisten in seinem Artikel. Wo bleibt der Krieg gegen Ex-Jugoslawien? Johannes Plotzki führt in ORL-Informationen 115 aus: »Was sich nach nur sechs Monaten rot-grüner Regierungstätigkeit zwischen dem 24. März und 10. Juni 1999 ereignete, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Erstmals seit 1945 führen die Deutschen wieder Krieg. Bar jeder völkerrechtlichen Legitimation, ohne UN-Mandat und ohne offizielle Kriegserklärung bombardieren Tornados der Bundeswehr Städte und Dörfer im damaligen Jugoslawien.« Plotzki wertet das als den »zum Abschluss gekommene(n) Paradigmenwechsel deutscher Außenpolitik.«

Es ist nicht nachzuvollziehen, wie Wette zu dieser Unterlassungshandlung der Nichterwähnung kommt, wenn es um eine Beschreibung der Bedeutung des Militärischen in der Jetzt-Zeit dieser Republik geht.